



Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. (frei ins Haus geliefert) durch die Post bezogen im  
Innenbezugspreis monatlich 1.25 RM. (Stanznummer 10 1/2). — Anzeigenpreis 20. 50 bei der Oberamtspoststelle Remsbürg Zweigstelle  
Wildbad. — Druckerei: Forstmeister Gerberhaus Wildbad. — Postfachnummer 201 74 Stuttgart

Die französische Denkschrift  
zum deutschen Friedensplan

Genf, 8. April. Die französische Denkschrift zu dem deutschen Friedensplan vom 31. März hat — nach einer formalen Einleitung folgenden Wortlaut:

I. Am Tage nach der Zurückweisung der frei und feierlich in Locarno eingegangenen oder erneuerten Verpflichtungen durch das Reich, und auf Grund des Einrückens von Streitkräften in die entmilitarisierte Zone, wäre die Regierung der Republik berechtigt gewesen, unverzüglich die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Rechtslage wiederherzustellen und den „feindseligen Akt“ zu ahnden, wie ihn die deutsche Initiative darstellte; in dem Bestreben, Europa neue Gefahren und Verwicklungen zu ersparen, hat sie es nicht getan. Sie hat zunächst den Völkerbundrat ersucht, die begangene Zuwiderhandlung gegen den Vertrag festzustellen. Gleichzeitig hat sie in den Besprechungen, die vom 12. bis 19. März mit den Vertretern der anderen Locarnomächte geführt wurden, versucht, die Möglichkeiten einer gütlichen Lösung zu wahren.

Die Vereinbarung, die aus diesen Besprechungen hervorgegangen ist, beweist auf Seiten der vier vertretenen Regierungen das Bestreben, den berechtigten Empfindlichkeiten Deutschlands weitgehend Rechnung zu tragen. Die deutsche Regierung schenkt nichtsdestoweniger die Vorschläge vom 19. März als eine Beeinträchtigung der Ehre des deutschen Volkes und als eine Verweigerung der Gleichberechtigung ab.

Niemand bedroht indessen die Unabhängigkeit des deutschen Volkes. Niemand verweigert ihm die Gleichberechtigung. Niemand denkt daran, seine Ehre zu beeinträchtigen: Es müßte denn sein, daß es einen Anschlag auf die Ehre eines Volkes darstellt, wenn man dieses Volk an die Achtung der Verträge als Grundregel der internationalen Beziehungen erinnert — eine Grundregel, der sich die deutsche Regierung ebenso wenig wie irgend eine andere mit der Behauptung entziehen kann, daß diese oder jene Verpflichtung ihre Freiheit oder ihre Unabhängigkeit behindere, oder daß diese oder jene Verpflichtung nach ihrem eigenen Auspruch vom deutschen Volke nicht mehr „geduldet“ werde.

„Um die Zusammenarbeit zwischen den Nationen zu fördern oder um ihnen den Frieden und die Sicherheit zu garantieren“, so heißt es in der Einleitung zum Völkerbundsvertrag, „ist es notwendig, ... alle vertraglichen Verpflichtungen gewissenhaft zu achten“. Wird die Reichsregierung, die ihre Absicht zur Rückkehr in den Völkerbund mitteilt, bei dieser Gelegenheit verlangen, daß dieser Wortlaut revidiert werde, um ihren Auffassungen gerecht zu werden? Soll man künstlich an Stelle dieses Wortlautes einfügen, daß die angeführte Regel da aufgehört, wo für jedes Volk ein „Lebensrecht“, über das es allein zu bestimmen hätte, anfängt?

II. Die deutsche Regierung, die in dieser Weise sich über die wesentlichen Grundzüge des internationalen Rechts hinwegsetzt, hat in ihrem Memorandum ebenso wenig der Geschichte Rechnung getragen. Nach ihrer Darstellung sollen die Entmilitarisierungsbestimmungen für das Rheinland in Widerspruch zu den Grundlagern stehen, auf denen der Friede abgeschlossen wurde, und den Verpflichtungen widersprechen, die im Augenblick des Waffenstillstandes übernommen wurden.

Diese Behauptungen beruhen weder unmittelbar noch mittelbar auf irgendeiner Grundlage. Die Entmilitarisierung des Rheinlandes war nichts anderes, als eine Sicherheitsgarantie, die Europa gegen neue Unternehmungen Deutschlands gegeben wurde. Sie verleihe keinen der in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson enthaltenen Grundzüge: Wenn es anders gewesen wäre, so hätte die deutsche Delegation in Versailles nicht verfehlt, es so behaupten. Unter den Bestimmungen des Friedensvertrages gehören die Entmilitarisierungsbestimmungen zu den wenigen, gegen die im Verlaufe der Verhandlungen die Vertreter Deutschlands in keinem Augenblick irgend einen Protest erhoben haben.

Was den Locarnovertrag anbetrifft, so möchte man jetzt die Meinung zur Geltung bringen, daß er unter dem Zwang der Ruhrbesetzung abgeschlossen worden sei. Die Ruhr war geräumt, ehe die Verhandlungen auch nur in Aussicht genommen waren. Tatsächlich hatte der Rheinpakt das Ziel, in Westeuropa auf der Grundlage der Achtung freiwillig eingegangener Verpflichtungen eine neue Lage zu schaffen; und die Verhandlungen über ihn sind von der deutschen Regierung selbst herbeigeführt worden, die darin eine Sicherheitsgarantie für die Westgrenze des Reiches suchte. Das Friedenspakt, das Deutschland im Austausch dagegen beistimmte, war die freiwillige Anerkennung der entmilitarisierten Zone. Der Vertrag von Locarno bildete die feste Grundlage des Friedens im Westen. Diese Grundlage hat die Politik des Reiches bedenkenlos zerstört.

Zur Unterfützung eines Standpunktes, der von den Tatsachen widerlegt wird, glaubt das deutsche Memorandum eine neue juristische Theorie aufzuführen zu können: keine Nation könnte freiwillig, ohne äußeren Druck, auf ihre souveränen Rechte verzichten; den Entmilitarisierungsbestimmungen liege der Zwang der Notwendigkeit zugrunde. Und auch der Locarnovertrag, obwohl er unter Bedingungen der Freiheit und Gleichheit abgeschlossen sei, könnte keinen aheiligen Charakter haben,

da er Bestimmungen wieder aufgreife, die bereits in einem auf Grund einer Niederlage abgeschlossenen Vertrag enthalten seien.

Sier tritt in seiner vollen Schwere der seltsame Anspruch Deutschlands hervor, dessen Tragweite Europa wohl abwägen muß: Behält sich Deutschland vor, soweit die Abgrenzung der Hoheitsgebiete in Europa sich aus den Verträgen von 1919 ergibt, diese ganze Regelung wieder in Frage zu stellen, gleichviel welche Bekräftigungen auch seit dem Friedensschluß hinzugekommen sein mögen? Was bedeutet es dabei, wenn die deutsche Regierung erklärt, daß sie keinen territorialen Ehrgeiz mehr hege, was bedeutet es, wenn sie ihren Willen verkündet, die Grenzen zu achten, wenn sie sich schon jetzt die Möglichkeit gewahrt hat, eines Tages zu behaupten, daß die von ihr freiwillig gegebene Bekräftigung nicht die Wirkung haben könnte, den ursprünglichen Charakter des Gebietsvertrages, aus dem diese Grenzen hervorgegangen sind, zu ändern, und daß dieser Verzicht unter äußerem Druck oder unter dem Zwang der Notwendigkeit zugestanden worden sei?

Muß man daraus schließen, daß Deutschland auf Grund dieser neuen Rechtsbasis, die einem noch nicht veröffentlichten internationalen Recht entnommen ist, morgen das Statut von Danzig, Memel, von Oesterreich in Frage stellen könnte, oder daß es diese oder jene Grenzrevision in Europa, diese oder jene Zurückgabe deutscher Kolonialgebiete verlangen wird?

Die französische Regierung glaubt, daß alle diese Fragen der Reichsregierung klar gestellt werden müssen und daß diese jedenfalls klar darauf antworten muß, da kein Friedensplan auf einer für die Aufrechterhaltung des Friedens so gefährlichen Zweideutigkeit aufgebaut werden kann.

III. Man könnte es sich veragen, auf die Argumente juristischer Art einzugehen, mit denen die deutsche Regierung ihren Schritt vom 7. März rechtfertigen will. Diese Argumente sind übrigens wiederholt widerlegt worden. Was das Reich auch immer behaupten mag, die Tatsache bleibt bestehen, daß keine der anderen Locarnomächte jemals anerkannt hat, daß der französisch-russische Pakt mit diesem Vertrage unvereinbar sei. Es bleibt auch bestehen, daß Deutschland geglaubt hat, sich zum Richter in eigener Sache aufwerfen zu können, während der Vertrag ausdrücklich für den Fall von Meinungsverschiedenheiten ein Schieds- oder Schlichtungsverfahren vorgesehen hat. Schließlich bleibt auch die Feststellung des Völkerbundsrates bestehen. Indem das Reich außerdem nochmals die Befassung des Internationalen Gerichtshofes mit seinem Anspruch ablehnt, gesteht es die Schwäche seiner juristischen Beweisführung ein: Deutschland will nicht nach Dem Haag gehen, weil es weiß, daß der Gerichtshof die deutsche Auffassung abweisen müßte.

IV. So ernst die am 7. März entstandene Lage auch war, so hatte sie doch die Locarnomächte nicht von einer Politik der Rächung abgebracht. Ihre Regierungen waren bereit, mit Deutschland ein neues Statut für das Rheinland zu suchen; sie waren bereit, in groß angelegte Verhandlungen einzutreten, um die Probleme zu regeln, die mit der Sicherheit Westeuropas verbunden sind, und um die Gesamtheit des europäischen Friedens auf soliden Grundlagen aufzubauen. Auf der Grundlage der „vollendeten Tatsache“ war ein solches Verhandeln aber unmöglich. Unter äußerster Einschränkung ihrer legitimen Forderungen haben die vier Regierungen von Deutschland lediglich die notwendige „Geste“ verlangt, damit die vorläufigen Lösungen zur Wiederherstellung des von ihm so schwer erschütterten Vertrauens eintreten könnten. Sie forderten es auf, die Souveränität des internationalen Rechts dadurch anzuerkennen, daß es mit seinen Ansprüchen vor den Haager Gerichtshof gehe, ferner anzuerkennen, daß die Rheinlandfrage als Gegenstand eines internationalen Abkommens nicht durch eine einseitige Entscheidung geregelt werden könne und schließlich, sich Maßnahmen anzuschließen, die geeignet wären, eine neue Atmosphäre in den Ländern zu schaffen, deren Sicherheit durch das Vorgehen vom 7. März bedroht war. Dieser großzügigen Einstellung hat die deutsche Regierung nur Ablehnung gegenübergestellt; wenn das Reich zugibt, daß eine Entspannung notwendig sei, so will es doch nicht seinen Beitrag dazu leisten.

Man hat Deutschland aufgefordert, vor den Haager Gerichtshof zu gehen. Deutschland lehnt ab; man hat es aufgefordert, auf seinem Gebiet entfang der französischen und belgischen Grenze eine durch internationale Streitkräfte besetzte Zone einzurichten; es antwortete mit einem Stillschweigen, das einer Ablehnung gleichkommt; man hat von ihm Garantien über die im Rheinland stationierten paramilitärischen Kräfte während der Übergangszeit verlangt; wiederum Schweigen. Und wenn die deutsche Regierung unter der Be-

Kurze Tagesübersicht

In Genf sind die zwei französischen Schriftstücke veröffentlicht worden, eine Denkschrift zum deutschen Friedensplan und ein Gegenvorschlag.

Im Dreizehner-Ausschuß legte Eben Material über die Verwendung von Giftgasen durch italienische Truppen vor. Es wurde ein juristischer Prüfungsausschuß eingesetzt.

23. „Sindenburg“ hat den Atlantik überquert und wird am Freitagnachmittag das europäische Festland auf der Nordroute über Holland erreichen.

dingung der Gegenseitigkeit und unter der Kontrolle einer internationalen Kommission damit einverstanden ist, die gegenwärtig in der Rheinzone stehenden Truppen nicht zu verstärken, so gibt sie keineswegs die Zusicherung, daß diese Truppen nicht schon jetzt härter sind als diejenigen, deren Einrückens am 7. März amtlich mitgeteilt worden ist.

Somit haben die Verständigungsbemühungen der Locarnomächte bei der deutschen Regierung keinerlei Widerhall gefunden.

V. Die Reichsregierung behauptet allerdings, durch ihren „Friedensplan“ einen entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau eines neuen Europa zu leisten. Dieser Beitrag ist leider mehr Schein als Wirklichkeit.

Die Regierung der Republik nimmt Kenntnis von dem deutschen Vorschlag auf Abschluß eines neuen Vertrages zur Wiederherstellung des Sicherheitsystems, das Deutschland am 7. März hat zerstören wollen; dieser Vorschlag wird jedoch in den Augen der französischen Regierung nur Bedeutung gewinnen, wenn sie weiß, wie die Einhaltung der neuen Verpflichtungen des Reiches garantiert werden kann. Sie nimmt auch Kenntnis davon, daß sich die Reichsregierung heute, in Abweichung von ihrer noch vor wenigen Wochen den Botschaftern Großbritanniens und Frankreichs befandenen Einstellung, für den Abschluß eines westeuropäischen Luftpactes ausspricht; sie möchte jedoch wissen, ob nach der Absicht der deutschen Regierung dieser Pakt die Luftflottenbegrenzung enthalten soll, in Ermangelung derer die von ihr angebotenen Sicherheitsgarantien praktisch gleich Null wären.

Die Vereinbarung vom 19. März enthält eine wesentliche Bestimmung über das Verbot oder die Beschränkung der künftigen Anlage von Besetzungszonen in einer zu bestimmenden Zone. Beim gegenwärtigen Zustand Europas ist es notwendig, die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dieser überragend wichtigen Bestimmung zu kennen. Daraus wird sich ergeben, ob das Reich bereit ist, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten den Grundgedanken der kollektiven Sicherheit anzuerkennen, oder ob es im Gegenteil sich die Möglichkeit vorbehaltet, nach seinem eigenen Willen und sogar mit Machtmitteln seine Beziehungen zu seinen schwächeren Nachbarn zu regeln, indem es ihnen gegenüber die Anwendung des Bestandes einschränkt. Die Entmilitarisierung des Rheinlandes war nicht nur ein Element der französischen und der belgischen Sicherheit, sie interessierte das politische Statut ganz Europas; der deutsche Plan bringt keinerlei Garantie, die ihn eventuelles Verschwinden aufwiegen würde.

VI Die Feststellung ist unabwiesbar, daß Deutschland mit Vorschlägen antwortet, die zur Festigung des Friedens in Europa ausgesprochen ungenügend sind.

Wenn Deutschland sich bereit erklärt, mit jedem seiner Grenz-nachbarn im Südosten und Nordwesten unmittelbar über den Abschluß von Nichtangriffsverträgen zu verhandeln, so geht es nicht davon aus, daß diese Verträge in ein kollektives System einbezogen werden; es geht noch weniger davon aus, daß den Verträgen Garantien des gegenseitigen Bestandes beigegeben werden sollen. Zweiseitige Nichtangriffsverträge ohne irgend eine Bestimmung, ohne gegenseitige Hilfe und Beistand zu Gunsten des etwaigen Opfers einer brutalen Vertragslündigung oder eines Gewaltstreiches würde zu den Verpflichtungen nichts hinzufügen, die sich für Deutschland, wie für seine Nachbarn, bereits aus dem Pakt von Paris vom Jahre 1923 ergeben.

Die europäische Sicherheit bildet ein Ganzes und der Grundgedanke der kollektiven Sicherheit gilt nicht nur für einen Teil des Kontinents. Frankreich, das nicht nur auf die Wahrung seiner Freundschaften, sondern auch seiner Verpflichtungen als Völkerbundsmitglied bedacht ist, kann keine Regelung der europäischen Sicherheit in Betracht ziehen, um derenwillen es sich an der Sicherheit des übrigen Europa desinteressieren müßte.

Der Abschluß des französisch-sowjetrussischen Pactes hat dem Reich den Vorwand geliefert, den es suchte, um sich den Verpflichtungen des Vertrages von Locarno zu entziehen. Es hat die Drohung gegen seine eigene Sicherheit gerichteter militärischer Allianzen herausgestellt; es ist daher merkwürdig, daß es nicht in seinem eigenen Interesse den Abschluß irgend eines Nichtangriffsvertrages mit der Sowjetunion beabsichtigt. Vor einem Jahr, während der Streifenkonferenz, hat sich die deutsche Regierung bereit erklärt, ein solches Abkommen abzuschließen und dabei zuzulassen, daß neben diesem Abkommen zwischen Rußland und den anderen Mächten Verträge über gegenseitige Hilfeleistung abgeschlossen werden. Die deutsche Einstellung hat sich also geändert: Aus welchen Gründen und mit welchem Ziel?

VII Es ist wahr, daß Deutschland sich bereit erklärt, in den Völkerbund zurückzukehren.

Seitdem Deutschland Genf verlassen hat, hat die Regierung der Republik unablässig betont, daß die europäische Sicherheit nur im Rahmen des Völkerbundes verwirklicht werden könne; sie wäre also nicht die letzte, die sich über den am 7. März verkündeten Beschluß der Reichsregierung freuen würde. Sie muß jedoch eine Frage stellen: Wie könnte Deutschland vor der Lösung der Krise, die es durch seine Politik der vollendeten Tatsache hervorgerufen hat, als ein Staat betrachtet werden, der „tatsächlich Bürgschaften für seine ernsthafte Absicht gibt, seine internationalen Verpflichtungen einzubehalten“?

Die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund würde sich gegenwärtig in Unklarheit vollziehen. Die Reichsregierung hat in dringlicher Form als vor wenigen Wochen ihre kolonialen Ansprüche in Erinnerung gebracht und damit doch wohl zu verstehen geben wollen, daß sie sich in Ermangelung einer für sie befriedigenden Lösung vorbehalten würde, von neuem auszutreten. Und was die herbeizuführende Trennung zwischen dem Völkerbundsvertrag und dem Friedensvertrag betrifft, so muß man von dieser schon öfter vorgebrachten Formel sagen, daß über ihren Sinn niemals Klarheit geschaffen worden ist.

Die Reichsregierung formuliert einen anderen Vorschlag, der mit den Grundzügen des Paktes kaum vereinbar erscheint; indem sie anregt, daß die Einhaltung der abzuschließenden Vereinbarungen durch ein Schiedsgericht sichergestellt werde, dessen Entscheidungen obligatorisch sein sollten, schaltet sie nicht nur jedes Eingreifen des Ständigen Internationalen Gerichtshofes aus, sondern scheint auch im Voraus sogar die Zuständigkeit des Rates abzulehnen. Würde im Falle der Verletzung der Nichtangriffsverträge, deren Abschluß Deutschland beabsichtigt, diese Verletzung unter die Zuständigkeit des Völkerbunds fallen? Wenn dem nach der Absicht der deutschen Regierung nicht so sein sollte, so müßte man schließen, daß die Rückkehr des Reiches in den Völkerbund als ein Mittel zum Eingreifen in die Politik anderer Staaten in Aussicht genommen ist, ohne daß irgend eine wesentliche Element der deutschen Politik der Kontrolle des Bundes unterstellt sein dürfte.

VIII. Die Reichsregierung scheint sich nur mit größter Umsicht auf den Weg der Rüstungsbegrenzung begeben zu wollen. Die Begrenzung der Aufrüstungen scheint von dem deutschen Plan weder vom qualitativen noch vom quantitativen Gesichtspunkt aus in Betracht gezogen zu werden. Was die Landrüstungen anlangt, so ist eine quantitative Begrenzung nicht einmal vorgeschlagen, und wenn von einer qualitativen Begrenzung gesprochen wird, so wird doch nichts gesagt von dem Aufbau eines wirksamen Kontrollsystems, das die unerlässliche Vorbedingung dafür wäre.

Allerdings schlägt die deutsche Regierung vor, daß der Humanisierung des Krieges Aufmerksamkeit gewidmet werden soll. Die französische Regierung kann nicht daran denken, einen solchen Vorschlag jemals abzulehnen. Aber, wichtiger als den Krieg zu humanisieren, ist es, ihn unmöglich zu machen, indem man gegen den eventuellen Angreifer das wirksame und sofortige Vorgehen der Gesamtheit organisiert. Die Reichsregierung hat einer solchen Konzession bisher ihre Zustimmung nicht erteilt. Uebrigens ist das von Deutschland vorgeschlagene Verbot des Abwurfs von Gift-, Gift- oder Brandbomben aus der Luft bereits in dem Genfer Protokoll von 1925 enthalten, das die französische Regierung ratifiziert hat. Wenn das Problem von neuem auf der Abrüstungskonferenz erörtert worden ist, so geschah das, um diese Verbote durch nachdrückliche Maßnahmen gegen einen etwaigen Übertreter zu ergänzen. Man hätte gern in diesem Punkt Näheres über die deutsche Auffassung gehört.

IX. Der „Deutsche Friedensplan“ enthält Vorschläge über die deutsch-französischen Beziehungen. Die französische Regierung hat davon Kenntnis genommen und wird es keineswegs ablehnen, in dem vollen Ausmaß der sich ihr bietenden Möglichkeit unmittelbar mit der Reichsregierung nach den Mitteln zu suchen, um den Bemühungen, die in diesem Sinne bereits unternommen worden sind, eine neuen Antrieb zu geben. Aber es versteht sich von selbst, daß Absichten dieser Art, soweit sie die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland betreffen, in dem System allgemeiner Abkommen, die gegenwärtig in Aussicht genommen sind, nicht an ihrem Platze sind. Damit ist der Völkerbund, soweit es sich um die allgemeinen Probleme der moralischen Abrüstung handelt, bereits befaßt worden und wichtige Vorarbeiten sind geleistet worden, die, wenn der Augenblick gekommen ist, für die unmittelbaren Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland maßgebend sein sollen.

X. Was die Einhaltung der Verpflichtungen, die die französische Regierung übernimmt, durch Frankreich betrifft, so bedarf es zu ihrer Sicherstellung keiner Verfahren, die den Grundzügen der französischen Verfassung zuwiderlaufen. Auf diesen Punkt braucht nicht einmal hingewiesen zu werden, wenn man darin nicht den neuen Ausdruck einer Theorie erblicken möchte, die eine Unterscheidung zwischen den Regierungen und den Völkern anspricht. Die Treue zu den Verträgen ist ein Grundprinzip der französischen Republik, und es ist nicht eine französische Initiative, die heute den Völkern die Frage vorlegt, ob die internationalen Beziehungen weiterhin von den Regeln des Rechtes bestimmt sein werden, oder ob sie künftig keine anderen Regeln als die Gewalt kennen werden. Das ist

leider die Grundfrage, die sich die Regierungen heute stellen müssen, wenn sie ihren Vätern bittere Enttäuschungen ersparen wollen.

Zum Abschluß: Berechtigt das Lebensrecht eines Volkes zur einseitigen Annullierung oder eingegangenen Verpflichtungen? Soll der Friede durch die Zusammenarbeit aller in der Achtung der Rechte eines jeden gesichert werden? Oder sollen die Staaten vollen Spielraum haben, um nach ihrem Belieben ihre Streitigkeiten unter vier Augen mit den Staaten zu regeln, deren Gutgläubigkeit sie mißbrauchen?

Keine europäische Regierung kann sich auf den Abschluß neuer Abkommen einlassen, ehe sie hierauf eine klare Antwort vernommen hat.

Und noch unmittelbarer kann der deutschen Regierung eine andere Frage gestellt werden: Erkennt Deutschland ohne jeden Vorbehalt das territoriale und politische Statut des gegenwärtigen Europa an? Erkennt es an, daß die Einhaltung dieses Statuts durch Abkommen auf der Grundlage der gegenseitigen Hilfeleistung garantiert werden kann?

Die in London am 1. April überreichten Vorschläge schweigen sich hierüber aus.

Die französische Antwort auf das deutsche Friedensangebot sucht mit advokatischer Schlaueit den großzügigen deutschen Plan zu zerpfücken und die großen politischen Fragen auf die Linie der französischen Sicherheitspolitik festzulegen. Dazu muß der Völkerbundsvertrag und der Locarnovertrag nach französischer Deutung herhalten. Aber es genügt schon der eine Satz in der französischen Denkschrift, daß „der deutsche Friedensplan mehr Schein als Wirklichkeit sei“. Wenn man die heiligen Beteuerungen und öffentlichen Erklärungen des Führers in den letzten Wochen gehört hat, wie er sich mühte einen wirklichen Frieden in Europa aufzurichten und wenn man den deutschen Friedensplan sachlich prüfte, der alle Türen weit aufmacht, und nun diese Spitzfindigkeiten französischer Diplomaten vor sich hat, so sieht man, daß Frankreichs Politik kein Zota von der Linie von Versailles und eines Poinaires abweicht. Die deutschen Friedensvorschläge werden in der französischen Denkschrift als „ausgesprochen ungenügend“ bezeichnet. Diese französische Denkschrift wird vom deutschen Volk einmütig abgelehnt, sie wird in ihrer Formulierung und in ihrem Inhalt zurückgewiesen, weil sie nicht den Grundzügen der Gleichberechtigung und Ehre eines Volkes Rechnung trägt. Auf eine eingehende „Würdigung“ dieser französischen Diplomatenarbeit wird noch zurückzukommen sein in Verbindung mit Betrachtung der französischen Gegenanschläge, die die Gedanken eines Briand, Herriot und Paul-Boncour mit den „Vereinigten Staaten“ von Europa und einem Europa-Ausschuß aufwärmen. Natürlich gehört dazu auch eine ständige militärische Streitmacht, die dem Völkerbund oder Europa-Ausschuß zur Verfügung steht. Beide diplomatischen Schriftstücke tragen eben den innerpolitischen Bedürfnissen des Wahlkampfes Rechnung.

### Die französischen Gegenanschläge

Genf, 8. April. Die französische Regierung hat ihre Gegenanschläge zum Friedensplan in Form einer umfangreichen „Erklärung“ veröffentlicht. Die Einkerbung belagt, Frankreich, seinen Uebertreibungen getreu, erkläre, daß es den Frieden nicht in Sicherheiten für sich allein oder in unvollständigen Pakten machen will, die die Gefahr des Krieges weiter bestehen lassen. Die französische Regierung biete „den Frieden mit Allen den absoluten und dauerhaften Frieden, den wahren Frieden durch eine umfassende Beschränkung der Rüstungen, die zur Abrüstung führt, den anderen Staaten unter Bedingungen an, die trotz ihres Ernstes Europa neue Möglichkeiten für eine Einigung bieten könnten. Der Aktionsplan, den „die aus dem französischen Volke hervorgegangene Regierung in seinem Namen anbietet, umfaßt 24 Punkte.

Die Erklärung führt u. a. in ihrem Teil 1 allgemeine Grundanschläge an, im Teil 2 politische Dispositionen. Der Teil 3 ist überschrieben „Der Wirtschaftsfriede“, Teil 4 enthält Schlüsselpunkte dahingehend, daß der ganze Friedensplan mit dem Völkerbundsvertrag übereinstimmen muß.

### Genf über die franz. Gegenanschläge enttäuscht

Genf, 8. April. Die Denkschrift und die Gegenanschläge der französischen Regierung werden hier im wesentlichen als Schrift-

stücke betrachtet, die aus den Notwendigkeiten des französischen Wahlkampfes entstanden sind. Besonders der als „konstruktiv“ angekündigte Plan hat allgemein enttäuscht, weil er, wie man hier erklärt, anstelle praktisch brauchbarer Vorschläge lediglich eine Zusammenstellung geläufiger Schlagworte und Formeln enthalte. Die Ablehnung, die der Plan in hiesigen Kreisen findet, ist zum Teil sehr deutlich. Man spricht mit Vorliebe davon, daß hier wieder einmal die ältesten Wadenhüter der internationalen Politik hervorgeholt worden seien.

## Hinter den Kulissen Genfs

### Der Zusammentritt des Dreizehner-Ausschusses

Wenn man die französische und die englische Presse, soweit sie sich mit den jetzt in Genf beginnenden Verhandlungen des Dreizehner-Ausschusses und der Westmächte des einstigen Locarnopaktes befaßt, durchsieht, dann bekommt man den Eindruck zweier sich überschneidender Vermittlungsaktionen.

Frankreich sieht nicht immer wie hypnotisiert auf den Rhein. Herr Zlandin bringt seinen großen Gegenplan zur deutschen Friedensnote mit nach Genf. Trotz der inzwischen im Ministerrat vorgenommenen Veränderungen ist sein Kern, die Wiederaufwärmung der Vorschläge Herriots und Paul-Boncour vom Jahre 1932, unter Anlehnung an den alten Briand'schen Paneuropaplan, geblieben: ein europäischer Völkerbund im Rahmen der Genfer Institution, dem eine internationale Polizeitruppe zur Sicherung des Status quo zur Verfügung gestellt werden soll. Den konstruktiven deutschen Vorschlägen gegenüber verhält man sich weiter absolut ablehnend.

In England ist man nicht gerade sehr glücklich darüber. Eden hat zwar soeben im Unterhaus noch einmal ein Bekenntnis zum Völkerbund abgegeben und von dem neuen Sicherheitsgebäude gesprochen, das er sowohl an der Stelle von Locarno in Westeuropa, wie in anderen europäischen Bezirken errichtet sehen möchte, aber die englische Regierung hat sich doch bisher so unmissverständlich für die Notwendigkeit einer sorgfältigen Prüfung der für die Erreichung dieses Zieles gemachten deutschen Vorschläge ausgesprochen, daß keinerlei Anzeichen für ihre Absicht spricht, nun mit fliegenden Fahnen zu den französischen Plänen überzugehen. Obendrein kann man in der englischen Presse immer wieder lesen, wie sehr die britische Öffentlichkeit durch die deutschen Vorschläge beeindruckt worden ist. Eden und mit ihm das Kabinett fassen ihre Aufgabe sicherlich in dem Sinne auf, daß es erstrebt werden muß, zwischen Frankreich und Deutschland eine Brücke zu schlagen.

Die französische Haltung ist vorläufig hart und weniger auf einen Ausgleich und eine Annäherung gerichtet, als vielmehr auf die eigenständige Vertretung der eigenen Ideen. Man setzt in Paris einige Hoffnung darauf, daß Baron Aloisi an der Spitze einer italienischen Delegation zu den Locarno-Besprechungen in Genf erscheinen wird. Gestützt auf die alte, im Augenblick allerdings reparaturbedürftige Streiffront London-Paris-Rom, will man den Kampf gegen den deutschen Friedensplan führen. Obwohl man den Weistandsbrief Edens in der Tasche hat, hängt der Londoner Flügel dieser Front noch etwas nach, und der römische Flügel hat den Anschluß überhaupt noch nicht wieder gefunden. Um ihn zu erreichen, drängt Paris darauf, daß Italien in der Sanktionsfrage Zugeständnisse gemacht werden, denn nur wenn das geschieht, werden die Italiener — vielleicht geneigt sein, in die Streiffront einzurücken. Mr. Eden hat in seinem politischen Konzept aber keineswegs Sanktionszugeständnisse an Rom stehen. Im Gegenteil, je mehr sich die militärische Lage in Abessinien eindeutig zugunsten der Italiener wandelt, desto eifriger sinnen er auf Mittel, um zu verhindern, daß der Sieg Badoglio zu einer völligen Unterwerfung Abessinien unter italienische Herrschaft ausgenutzt wird. Die Sorgen um das Schicksal des dem Sudan benachbarten Tanasegebietes geben diesem Bestreben noch einen besonderen Nachdruck.

So überschneiden sich die beiden Vermittlungsaktionen. Frankreich versucht zur Durchsetzung seiner europäischen Pläne zwischen England und Italien zu vermitteln, in Rom, allerdings ohne rechte Ueberzeugungskraft, auf eine gewisse Abmilderung der Friedensbedingungen Abessinien gegenüber hinzuwirken und London die

## Der dicke Müller siedelt

Ihr war, als hörte sie einen Automotor laufen. Sie laufte! Ja, das war das Auto, Hans kam zurück. Jetzt hörte sie Schritte, ein Schlüssel drehte sich im Schloß und dann betrat jemand den Wohnwagen. Es war Hans Müller, sie erkannte ihn am Schritt.

Jetzt nahm er am Tisch Platz und dann war mit einem Male Stille. Rosel wartete, sie wußte eigentlich nicht, auf was sie wartete, aber die Stille hatte etwas so Bedrückendes, Qualvolles, daß sie es nicht mehr aushielt.

Sie stand auf, warf ein Kleid über und trat in das Wohnzimmer. Hans sah am Tisch und hatte das Gesicht in beide Hände vergraben.

Jetzt schrat er auf und sah sie an.

Sein Anblick zerriß ihr das Herz, sie hatte Mitleid, die Tränen zu wehren. Noch nie in ihrem Leben hatte sie den Schmerz in seiner furchtbarsten Gestalt im Antlitz eines Mannes gesehen, wie in dieser Stunde.

Sie trat zu ihm und sagte bebend: „Hans... was ist Ihnen... ich bitte Sie... was ist geschehen?“

Hans antwortete nicht, sie sah, wie er sich qualvoll mühte nach einem Wort.

„Aus...!“ Mit keuchendem Atem kam das Wort heraus und traf unerträglich.

„Aus!“ schrie der Mann auf in seinem Schmerz und die Flügel verzerrten sich. „Sie läßt uns im Stich. Sie will fort von uns! Sie fliegt in die Welt, ins Verderben! Ich weiß, daß sie nie wiederkommen wird. Ach... Rosel... daß ich das erleben muß!“

„Hans...!“ bat das Mädchen wieder. „Nicht verzagen, Sie sind immer stark gewesen! Und noch ist nicht aller Tage Abend.“

„Sie will los!“ leuchtete Hans. „Sie fragt kaum nach den Kindern. Das andere lockt sie! Ehre, Ruhm! Ihrer Eitelkeit schafft sie feste und beraubt sich an ihnen. Wir sind nichts und die anderen alles! Rosel, ist das

eine Mutter? Oh, ich will nicht an mich denken, ich bin ein Mann, ich zwing' mein Schicksal schon! Aber die Kinder, Rosel, die Kinder! Heute sind sie noch klein, empfinden es nicht, daß die Mutter fehlt. Aber die Stunde kommt! Und dann sind sie allein!“

Schwer ging seine Brust, als er weitersprach.

„Warum strast mich Gott so hart! Mein ganzes Leben habe ich mich bemüht, gerecht und gut zu sein! Alle Liebe, die ich hatte, ich hab' sie aus mir gegeben! Und jetzt schlägt mich Gott so! Rosel, heute ist alles eingestürzt. Alles, was ich mir erhoffte... heute ist's zu Grabe getragen.“

Die Kinder in ihren Bettchen hörten den Vater.

Sie erwachten, wischten sich den Schlaf aus den Augen und sahen sich an. Und sie erschrafen zugleich, denn noch nie hatten sie den Vater so bitter sprechen hören.

Sie kletterten aus ihren Bettchen und drängten vor nach dem Wohnzimmer. Und sahen den Vater mit den schmerzhaftesten Zügen.

Und dieser Anblick war für sie so etwas Unfassbares, Entsetzliches, daß sie aufschrien.

Dieser Schrei der Angst aus zwei Kinderkehlen ging dem Vater bis ins Innerste. Tränen stürzten aus seinen Augen, als er jetzt die Kinder nahm, an sich riß und drückte.

Und jetzt vergaß er alle Bitternis, als er die Kinder im Arme hielt, jetzt fand er tausend zärtliche Worte und konnte unter Tränen scherzen, alles tuend, um sie zu beruhigen.

Er holte aus seiner Tasche zwei kleine Omelette und schenkte sie ihnen und sagte, daß sie der Osterhase im Walde verloren hätte. Morgen würden sie gewiß noch mehr finden.

Langsam beruhigten sie sich wieder, die innigen Worte des Vaters beglückten sie und nach einer halben Stunde trugen Rosel und Hans die Kinder wieder in ihre Bettchen.

„Gute Nacht, Rosel!“ sagte Hans leise zu dem Mädchen und drückte ihr dankbar die Hand.

„Gute Nacht, Hans, schlafen Sie gut!“

Zimmer hatte sie ihn Herr Hans angeredet, aber in dieser Stunde mußte das Herr fallen und es blieb auch in Zukunft weg.

So innig hatte Rosel in ihrem jungen Leben noch nie gebetet wie in dieser Stunde, da sie Gott bat, daß er die Gattin und Mutter dem Manne und den Kindern erhalten möge.

Als Rosel am andern Morgen erwacht, da ist Hans schon längst munter. Sie trifft ihn dabei, wie er im Wohnwagen und in der Nähe des Wohnwagens Oster Eier für die Kinder versteckt.

Das ist mit einem Male ein anderer Hans geworden! Sie sieht es mit einem Male.

Das Strahlend-Unbekümmerte seines Wesens ist gefallen und hat einem herben Ernst Platz gemacht.

„Guten Morgen...“ sie stockt, aber sie spricht es doch aus, „Hans!“

„Guten Morgen, Rosel!“ dankt er herzlich.

„Haben Sie schon alle versteckt?“

Hans nickt. „Ja, und auch eins für die Rosel mit...“

„Ach, Hans... Sie sind so gut!“

„Vielleicht noch nicht gut genug, Rosel!“ spricht Hans nachdenklich.

„Sie dürfen sich nicht quälen, Hans!“

„Ich tu's nicht mehr, Rosel, aber... ich habe zuviel verloren. Das braucht Zeit, ehe sich die Wunde schließt!“

„Vielleicht wird doch noch alles gut, Hans?“

„Nein, Rosel,“ sagt Hans ruhig. „Nie kann es gut werden! Das Ende ist gekommen! Ich muß mich damit abfinden.“

„Und die Scheidung?“

Hans schweigt.

„Sie dürfen nie in eine Scheidung einwilligen! Gott hat Ihren Bund gebaut, sie dürfen ihn nicht zerreißen.“

(Fortsetzung folgt).

Sanktionsabstufen auszuüben. England hinwiederum, das die ostafrikanischen Dinge viel ernster nimmt, erstrebt eine baldige Beruhigung der europäischen Atmosphäre, die ohne die deutsch-französische Verständigung nicht denkbar ist. Dabei muß man berücksichtigen, daß die Haltung der französischen Regierung sehr stark durch den eben beginnenden Wahlkampf beeinflusst wird, und daß auf der anderen Seite Eden sich einer öffentlichen Meinung gegenüber befindet, die völkerverbündlich und italienfeindlich eingestellt ist.

Es läßt sich nicht verschweigen, daß Genf zur Zeit für alle Beteiligten abermals eine dringvoll peinliche Klemme bedeutet. Was für Eden politisches Ziel ist, ist für Flandin Vermittlungsobjekt und umgekehrt. Wenn der Völkerebund eine Frage von weltweiter Bedeutung vorgelegt bekommt, hat er noch jedesmal verlagert. Er hat verlagert, als er den Streit zwischen China und Japan um die Mandchurerei schlichtete; den Streit hat nicht der Völkerebund, den haben die japanischen Massen entschieden. Er hat verlagert, als es den Krieg zwischen Bolivien und Paraguay um das Gran-Chaco-Gebiet zu verhindern, und als nichts mehr zu verhindern war, zu beenden galt; beendet haben den Krieg die südamikanischen Staaten unter sich ohne den Völkerebund. Er hat verlagert, als zwischen der Völkerebundsmacht Italien und der Völkerebundsmacht Abyssinien der Krieg drohte. Er hat verlagert, als der Krieg im Gange war und England seine rasche Beendigung durch Sanktionen erzwingen wollte. Und er sollte die geeignete Stelle sein, um jetzt kurz vor dem italienischen Endziele den Krieg noch rasch zu liquidieren? Das glaubt der stärkste Völkerebundsoptimist nicht mehr. Der Völkerebund hat auch in diesem Falle keine andere Aufgabe, als die Kluft zu stellen, hinter der die beteiligten Großmächte den Interessentkampf um das Land der Nilquellen ausfechten können. Auch Italien hat gegen den Schacher hinter der Genfer Kulisse nichts einzuwenden, wünscht aber den Frieden am liebsten mit Abyssinien unmittelbar und, wenn das nicht sein kann, mit Frankreich und England auszuhandeln, ohne daß der Völkerebund etwas dreinzureden hat.

## Sitzung des Dreizehner-Ausschusses

Genf, 8. April. Der Dreizehner-Ausschuß des Völkerebunds ist unter dem Vorsitz des spanischen Delegierten de Madariaga am Mittwoch gegen 12 Uhr zu seiner neuen Tagung zusammengetreten, um die Lage im italienisch-abessinischen Konflikt zu prüfen. An der Sitzung nahmen u. a. der englische Außenminister Eden, der französische Außenminister Flandin und der rumänische Außenminister Titulescu teil. Zu Beginn der Sitzung des Dreizehner-Ausschusses gab der englische Außenminister Eden eine entschiedene Erklärung gegen die Verwendung von Giftgasen auf dem abessinischen Kriegsschauplatz ab. Eden erinnerte daran, daß auch Italien das Abkommen unterzeichnet habe, das die Verpflüchtung enthalte, unter keinen Umständen die Mittel des sog. chemischen Krieges anzuwenden. Er warf die allgemeine Frage auf, welchen Sinn Verträge hätten, wenn sie im entscheidenden Augenblick nicht gehalten würden.

Die Sitzung wurde nach der Erklärung Edens auf einige Zeit unterbrochen, um dem Generalsekretär des Roten Kreuzes die Vorlage der verchiedenen Beschwerden aus Abyssinien, auf die Eden in seiner Rede Bezug genommen hatte, zu ermöglichen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Dreizehner-Ausschusses beantragte der französische Außenminister Flandin, die Untersuchung auf alle begangenen Grausamkeiten auszudehnen, insbesondere auch auf die Abyssinien vorgeworfene Verwendung von Dum-Dum-Geschossen. Die Ausprache wurde nachmittags fortgesetzt.

## Der französische Gegenvorschlag

Zwei französische Dokumente in Genf veröffentlicht

Genf, 8. April. Die französische Abordnung hat am Mittwoch in Genf folgende Schriftstücke veröffentlicht:

1. ein Memorandum an die englische Regierung, worin die französische Regierung zu dem deutschen Friedensplan vom 1. April Stellung nimmt. Dieses Memorandum wurde auch der italienischen und der belgischen Regierung mitgeteilt.

2. einen Plan, in dem die französische Regierung ihre Ansichten über die Festigung des Friedens Europas darlegt. Der Plan bezieht sich auf den Ausbau der kollektiven Sicherheit, die gegenseitige Hilfeleistung, die Herabsetzung der Rüstungen sowie eine wirtschaftliche und finanzielle Organisation im Rahmen des Völkerebunds unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der europäischen Staaten. Dieser Plan ist an die drei Welt-Vocarno-Mächte gerichtet. Außerdem werden Flandin und Paul Boncour den Vertretern dieser drei Mächte die Auffassung der französischen Regierung über die Beschlüsse darlegen, die „auf Grund der letzten Londoner Besprechungen die Haltung der deutschen Regierung gegenüber den Bestimmungen der Vereinbarung vom 19. März notwendig mache“.

## Mexikanischer Vorstoß in Genf

Genf, 8. April. Der mexikanische Vertreter beim Völkerebund hat an den Vorsitzenden des Dreizehner-Ausschusses, de Vasconcellos, ein Schreiben gerichtet, worin er die Bedenken seiner Regierung gegen die gegenwärtige Behandlung des italienisch-abessinischen Konfliktes darlegt. Er erklärt darin, bei den allgemeinen Friedensbedingungen im März habe man angenommen, daß das weder eine Lahmlegung noch eine Verzögerung der Arbeiten und Beschlüsse über die Anwendung der Sanktionen gegen das Angreiferland bedeuten würde. Auch habe man erwartet, daß ein Verständigungsversuch in sehr kurzer Zeit zum Ziele führen würde. In vollem Bewußtsein ihrer Verpflichtungen müsse die mexikanische Regierung angesichts der gegenwärtigen Lage erklären, daß sie nicht die historische Verantwortung für Maßnahmen teilen wolle, die in der Praxis die Anwendung der beschlossenen Sanktionen unwirksam machen und so das Gebilde der kollektiven Sicherheit schwächen könnten.

In Völkerebundskreisen wird dieser Schritt der mexikanischen Regierung als Antrag auf Feststellung des Scheiterns der bisherigen Schlichtungsverhandlungen und auf Verschärfung der Sanktionen aufgefaßt.

## Deutsche Karfreitagsgedanken

Der Tag, an dem sich das Leben Christi vollendete, ist uns ein heiliger Tag. Auch heute noch, auch wenn die Kirche nicht mehr das alltägliche Leben so beherrscht, wie es noch in den Zeiten unserer Großväter der Fall war. Allen modernen Zeitströmungen zum Trotz ist uns der Karfreitag die Veranschaulichung des Opfertodes, den Jesus Christus starb, um der Menschheit Sühne und neues Leben zu geben.

Es ist kein Zufall, daß gerade in unserem Volk der Karfreitag seit den frühesten Zeiten unserer Geschichte zu Darstellungen der Passion verwendet wurde. Im Laufe von vielen Jahrhunderten haben sich Laien- und Passionsspiele geändert und geläutert. Heute ist der Tag der Matthäus-Passion und des Passifl. Johann Sebastian Bach und Richard Wagner wurden vom deutschen Schicksal auserkoren, in Musik zu sagen, was unser Herz beschwert und bewegt und was mit rechten Worten auszudrücken mancher Lippe verjagt ist.

Aber nicht nur aus diesen musikalisch-künstlerischen Gründen ist das deutsche Volk berufen, der Welt an diesem Tage der Dolmetsch des Leidens- und Erlösungsgedankens zu sein, auch seine jüngste Geschichte gibt ihm das Recht, dieses Tages mit besonderem Danke zu gedenken, weil er zum Symbol seines Geschickes geworden ist. Ueber anderthalb Jahrzehnte haben wir gebraucht, um die Stationen des Karvarienberges Leidens zurückzulegen. Nun haben wir endlich die Höhe erklimmt. Wir Deutsche sind von Natur aus Grübler und Gottstücker. Vielleicht ist es unser Schicksal, ewig Wanderer zwischen zwei Welten bleiben zu müssen. Aber dafür haben wir einen sicheren und untrüglichen Wegweiser: Gott und einen unzerstörbaren Stecken in unserer Hand: den Glauben an die Zukunft unseres Volkes. Auch in der Gegenwart vermengen sich christliche und deutsche Gedanken. Das ist uns nicht Freude und Ungewohntes, denn wenn wir den Quellen alter deutscher Volksbräuche am Karfreitag nachspüren, stoßen wir immer wieder auf die Verbindungen von germanischen Mythen mit christlichen Sitten. Mehr als bei anderen Völkern der Erde ist gerade diese selbstverständliche Verbindung ausgeprägt, umso mehr wollen wir uns auch diesen Gedankengängen hingeben, weil sie unserem Herzensbedürfnis entsprechen.

Gewiß wird auch heute noch in den Kirchen der heilige Karfreitag mit all den überlieferten Zeichen der Trauer begangen, die sein Merkmal sind. Aber wir wollen uns nicht verhehlen, daß wir in uns selbst und in unseren ganzen Lebensanschauungen eine Wandlung erlebt haben. Früher begleitete man den Todestag des Herrn mit Weinen und Klagen. Mit der ganzen Natotät der damaligen Zeit gab man sich dem Schmerz des Augenleidens hin. Wir heutigen Menschen sind still und ernst, aber darum nicht etwa oberflächlicher oder gedankenloser geworden. Wie verstehen wir doch erst heute die tiefen Schauer Bachsiger Musik und wie geht uns die Wahrheit des Karfreitagszaubers auf, daß mit den sündigen Menschen auch alle Kreaturen der Erde erlöst worden sind.

Wir können den Karfreitag nicht vom Lenze trennen, neben den Todesgedanken steht die Lebensfreude. Die Gewißheit, daß auf den Karfreitag ein Ostermorgen folgt, gibt uns innere Kraft und Ruhe. In der Seele und in der Natur herrscht Frieden, überstrahlt von der Hoffnung. „Siehe, es laßt die Aue!“

## Wegnahme des Rigaer Dom-Museums

Ein neuer lettischer Gewalttät

Riga, 8. April. Bähig überraschend erschienen am Dienstag Beamte der lettlandischen Denkmalsverwaltung in Begleitung von Polizei im Rigaer Dom-Museum und versiegelten sämtliche Eingänge des Museums. Das Museum ist Eigentum der deutschen „Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga“. Die Beamten wiesen dem Museumsvorstand ein Schreiben des staatlichen Denkmalsamtes vor. In diesem Schreiben wird mitgeteilt, daß Kultusminister Tentells am 6. April den vom lettlandischen Denkmalsamt bereits am 14. Oktober 1935 gefaßten Beschluß bestätigte, das Dom-Museum mit allen dazugehörigen Sammlungen der Gesellschaft einschließlich der Reliquien in staatliche Verwaltung zu übernehmen. Das vom lettlandischen Professor für Vorgeschichte, Franz Valodis, unterzeichnete Schreiben wurde mit dem Artikel 20 des Denkmalschutzgesetzes begründet, demzufolge bei schlechter Verwaltung oder ordnungswidriger Behandlung historisch wertvoller Gegenstände diese in besonderen Fällen mit Zustimmung des Kultusministers in staatliche Verwaltung genommen werden können. Diese ohne Einverständnis erfolgte Maßnahme des lettlandischen staatlichen Denkmalsamtes erinnert an das gleiche Vorgehen desselben Amtes am 5. Dezember 1935. Damals wurden unter Hinzuziehung eines Polizeiaufgebots die wertvollen Bestände der Urkunden- und Handschriftensammlung der Bibliothek der „Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde“ geschloßen, um später in das lettische Staatsarchiv überführt zu werden. Ein von der genannten Gesellschaft anhängig gemachter Prozeß gegen das Denkmalsamt ist bis heute nicht zur Verhandlung gekommen.

Hierzu erfahren wir ergänzend, daß die lettische Stadtverwaltung dem Rigaer Dom-Museum die von diesem bisher benutzten Räume bei der Domkirche vor einiger Zeit gekündigt hatte. Die Vorschläge des Dom-Museums an die Stadtverwaltung von Riga zu einer Einigung wurden von dieser abgewiesen. In diesem Zusammenhang sah sich das Rigaer Dom-Museum kürzlich gezwungen, sich an das lettische Denkmalsamt zu wenden, um die gelehrt vorgeschriebene Genehmigung der Ueberführung des Museums in andere Räume nachzusuchen. Ehe noch das Dom-Museum eine Antwort erhalten hatte, ließ jetzt das Denkmalsamt die Räume des Museums versiegeln und teilte mit, daß das Museum einschließlich aller Sammlungen nunmehr in staatliche Verwaltung übernommen werden würde.

## Spaniens Staatspräsident abgesetzt

Erste Staatskriese

Madrid, 8. April. Das spanische Parlament hat mit 238 gegen 5 Stimmen den Präsidenten der Republik, Zamora, zum Rücktritt gezwungen. Der Landtagspräsident Barrio übernimmt sofort interimistisch die Geschäfte des Staatspräsidenten.

Das spanische Parlament hat mit 238 Stimmen des gesamten Volksblocks (Kommunisten, Sozialdemokraten, Katalanische Linke, Republikanische Aktion und Linkerepublikaner) gegen 5 Stimmen der Opposition und bei Stimmenthaltung der katholischen Volksaktion und der beiden monarchistischen Parteien auf Grund des Artikels 81 der Verfassung festgestellt, daß die durch den Staatspräsidenten erfolgte zweite Landtagsauflösung, also diejenige des letzten Parlaments, „nicht notwendig“ gewesen sei. Damit ist die Absetzung des Präsidenten der Republik von selbst erfolgt.

Der in Frage kommende Teil des Artikels 81 der Verfassung lautet: „Im Falle der zweiten Auflösung des Parlaments (der Staatspräsident darf während seiner Amtsdauer nur zweimal auflösen. Die Schlichtung.) besteht der erste Akt der neuen Kammer darin, die Notwendigkeit der Auflösung ihrer Vorgängerin zu prüfen. Sollte sich die absolute Mehrheit des Landtages dagegen aussprechen, so schließt das die Absetzung des Staatspräsidenten in sich ein.“

Solange der Posten des Staatspräsidenten unbesetzt ist, übt der Präsident des Landtages die Funktionen des Präsidenten der Republik aus. Der Landtagspräsident selbst wird durch den ersten Vizepräsidenten der Kammer vertreten. Die Neuwahl des Staatspräsidenten muß innerhalb von acht Tagen ausgeschrieben werden und nach weiteren 30 Tagen stattfinden. Zu diesem Zweck werden durch gleiche, geheime und direkte Wahl ebenso viel „Compromisarios“ gewählt, wie die Zahl der Abgeordneten beträgt. Diese Vertrauensleute zusammen mit den Abgeordneten nehmen dann die eigentliche Präsidentenwahl vor.

## Zamora lehnt Entgegennahme der Mitteilung ab

Madrid, 8. April. Nachdem das spanische Parlament die Absetzung des Präsidenten Alcalá Zamora beschlossen hatte, begab sich der gesamte Kammerpräsident in die Privatwohnung des Präsidenten, um ihm amtlich Mitteilung von diesem Beschluß zu machen. Zamora ließ jedoch der Abordnung durch seinen Sohn sagen, daß es kein Gesetz gebe, das ihn zwingen könne, am Witternacht irgend welche Mitteilungen entgegenzunehmen. Daraufhin begab sich der Kammerpräsident in das „Palais der Republik“, die Amtswohnung des Präsidenten, und ließ dort vor dem Generalsekretär Alcalá Zamoras einen notariellen Akt über die erfolgte Absetzung des Präsidenten ausfertigen. Sodann lehrte die Abordnung ins Parlament zurück, um Rechenschaft über ihr Vorgehen abzulegen. Danach wurde der bisherige Landtagspräsident Martínez Barrio aus seiner Wohnung abgeholt, um vor den Abgeordneten den Eid als zeitweiliger Präsident der Republik abzulegen, wobei er von stürmischen Hochrufen der ganzen Kammer begrüßt wurde. Unmittelbar darauf stellte sich die Regierung dem stellvertretenden Staatspräsidenten vor. Hiernach begab sich Barrio in das „Palais der Republik“. Gleichzeitig nahm Martínez Barrio von der Amtswohnung des Staatspräsidenten Besitz. Das Verhalten Alcalá Zamoras wird in den Wandelungen des Parlaments teils ironisierend, teils verurteilend kritisiert. Allgemein ist man sich darüber einig, daß dieser Abgang des ehemaligen Staatspräsidenten reichlich unruhig und unwürdig sei. Die ganzen Sympathien gehören Martínez Barrio.

## Flugzeugunglück in Pennsylvania

Elf Tote, drei Schwerverletzte

Newport, 8. April. In der Nähe von Uniontown in Pennsylvania hat sich ein furchtbares Flugzeugunglück ereignet, das insgesamt elf Tode Opfer forderte. Ein Passagierflugzeug der Transcontinental and Western Airlines kürzte ungefähr 10 Kilometer von der Stadt entfernt in einer hügeligen Waldgegend aus unbekannter Ursache ab. Neun Fluggäste und die beiden Flugzeughelfer wurden sofort getötet, während zwei Fluggäste und die Stewardess schwere Verletzungen erlitten.

## Einigung über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen

Warschau, 8. April. Die zwischen der deutschen und der polnischen Regierung seit einiger Zeit geführten Besprechungen in der Frage der Zahlungen für den Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet haben zu einer Einigung über die Grundzüge für die Begleichung der neuzeitlichen laufenden Verpflichtungen und der bisher aufgelaufenen Rückstände geführt.

Deutschland hat sich bereit erklärt, für die laufenden Kosten zunächst bis zum Ende des Jahre 1936 einen begrenzten Monatsbetrag in Devisen zur Verfügung zu stellen. Eine deutsche und eine polnische Kommission von Sachverständigen ist am 7. April in Warschau zusammengetreten, um Vereinbarungen über die Anpassung des Durchgangsverkehrs an die deutsche Zahlungsfähigkeit unter Aufrechterhaltung eines möglichst großen Verkehrsquantums zu treffen. Eine weitere Kommission soll so bald wie möglich die Beratung der Einzelheiten für die Aufhebung der Rückstände aufnehmen.

## Vom Kriegsschauplatz

Im italienischen Bomber über Dëssie

Asmara, 8. April. Der Kriegsberichterstatter des DNB, meldet, daß er am Dienstag in einem von Graf Ciano selbst geleiteten schweren Bomber an einem Flug von Asmara über Makalle längs der alten Regus-Straße bis südlich Dëssie teilgenommen habe. Der Apparat, der durchschnittlich in 4000 Meter Höhe geflogen sei und die Strecke von insgesamt 1200 Kilometer in sechs Stunden zurückgelegt habe, sei zeitweilig auf 1000 Meter heruntergegangen, um bessere Sicht zu bekommen und um die feindlichen Ansammlungen unter Feuer nehmen zu können. Es habe sich aber keine Gelegenheit ergeben, Bomben abzuwerfen, da feinerlei Reaktionen des Feindes festzustellen gewesen seien. Lediglich in einem Tal nördlich von Dëssie sei eine kleine abessinische Gruppe gesichtet worden, die sich auf dem Rückzug befunden habe. Die Stadt Dëssie, die mehrmals in geringer Höhe umflogen worden sei, schien so gut wie ausgezogen. Deutlich sichtbar seien nur einige Rote-Kreuz-Lazarette gewesen. Die Tatsache, daß die sonst übliche abessinische Luftabwehr völlig ausgeblieben sei, schien zu beweisen, daß die restlichen abessinischen Truppen mit dem Regus längst in südlicher Richtung auf Addis Abeba zu abgerückt seien.

Der Kriegsberichterstatter des DNB, hat aus dem Flug den Eindruck gewonnen, daß die Italiener, die bereits in der Nähe von Kobbos händen, Dëssie ohne ernste Hindernisse nehmen und weiter gegen Addis Abeba vorstoßen könnten. Besonders bezeichnend scheint ihm die Tatsache, daß bereits einige Dörfer in der Gegend von Dëssie die weiße Flagge gehißt haben.

## Italienischer Heeresbericht

Rom, 8. April. Dem Heeresbericht Nr. 179 zufolge berichtet Marschall Badoglio, daß die Gallastämme an der Straße von Dëssie sich immer mehr gegen die Abessinier auflehnen, die Truppen des Regus angreifen und ihnen beträchtliche Verluste zufügen. In der Gegend von Gondar, Semien und Wolkait haben sich zahlreiche Stammesfürsten unterworfen. In dem besetzten Gebiet beginnt das Leben wieder seinen normalen Gang.

## Abessinien meldet zahlreiche Giftgasopfer

Addis Abeba, 8. April. Die abessinische Regierung gab am Mittwoch folgende Verlautbarung heraus: „Nach Meldungen aus Korum überflogen seit vier Tagen italienische Flugzeuge ohne Unterbrechung die ganze Nordfront und die dahinter liegenden Gebiete und lassen auf der ganzen Linie ständige Giftgas ab. Die Zahl der Opfer — besonders unter der Zivilbevölkerung — ist sehr hoch.“

## Der Regus ruft das ganze abessinische Volk auf

Addis Abeba, 8. April. Der Kaiser erließ einen Aufruf an das ganze abessinische Volk, in dem sämtliche dienstfähigen Männer aufgefordert werden, sich sofort an die Front zu begeben, um die Soldaten im Abwehrkampf zu unterstützen. In dem Mobilisationserlaß wird weiter gesagt, Abessinien

werde dank der Unterstützung aller Mächte in den Stand gesetzt, sich gegen den Angreifer zu verteidigen, der in der ganzen Welt durch das Urteil des Völkerbundes als im Unrecht befindlich gekennzeichnet worden sei.

Der abessinische Gesandte in Paris hat vor Zusammenkunft des Dreizehner-Ausschusses an den Völkerbund einen „Lettre Appell“ gerichtet, Abessinien den Beistand zu gewähren, auf den es ein Recht habe.

### Mussolini vor dem Ministerrat

Rom, 8. April. Wider Erwarten hat der italienische Ministerrat die ursprünglich auf Sonntag angelegte Sitzung bereits am Mittwoch abgehalten. Der italienische Regierungschef gab im Verlauf der Sitzung folgende Erklärung ab: Die herrlichen Sieger unsere Soldaten, besonders der Sieg am Aschangi-See, die über die von Europäern ausgebildeten, ausgerüsteten und bewaffneten Truppen des Regus errungen wurden, bringen Italien der Verwirklichung seines ersten Zieles näher, um das es nach der Mobilisierung der abessinischen Streitkräfte zu den Waffen greifen mußte — der Sicherheit seiner Kolonien. Diese Sicherheit wird mit der vollständigen Vernichtung der militärischen Abteilungen Abessiniens vollkommen erreicht sein. Diese Vernichtung kann nicht ausbleiben und wird nicht lange auf sich warten lassen. Dem Oberbefehlshaber, Marschall Badoglio, allen seinen Mitarbeitern, den nationalen und den Erzhäupter-Truppen spricht der Ministerrat erneut seine Dankbarkeit und sein Lob aus. In den von unseren Divisionen besetzten Gebieten haben die Eingeborenenstämme ihre Sympathie Italien gegenüber bezeugt. Sie sind, nachdem sie gegen die Verwüstungen der Ras verteidigt wurden, zu ihrer normalen Beschäftigung zurückgekehrt.

Mussolini schloß mit der Feststellung, daß die Moral der Truppen in Ostafrika vollkommen sei. Ein besonderes Lob sei der Flugzeugindustrie und den ihr angegliederten Wirtschaftszweigen für die Steigerung ihrer Erzeugung von Woche zu Woche zu spenden. Der Kampf gegen die Sanktionen werde überall mit Erfolg fortgesetzt.

### Soziales

Wildbad, 9. April 1936.

An Führungen für Ostergäste finden diesmal zwei statt; die erste am Oster Samstag um 4 Uhr; Treffpunkt: evang. Kirche. Ende etwa 6 Uhr. Jedermann ist willkommen. Unter dem Leitwort: Kreuz und quer durch Wildbad geht es vom Adolf-Hitler-Platz am Eberhardsbad vorbei zur Stelle des Wildbader Urbades, Sparkasse, Seegerstraße, malerische Winkel am Straubenberg, hinter und über der Bergbahnhaltstation, Hofackerplatze, Feuerzähle, Aescheplatz, Hofmannsberg, Mühlengasse, Siebelhaus, Wildermannbrunnen, König-Rorlstraße, Mühlewehr, Fischleiter, Hofmannsberg, zum Teil hintere Gasse, Stadtkirche. Die zweite,

kürzere Führung am Ostermontag, gleicher Treffpunkt, als Morgengang, von 8.30 bis gegen 9.30 Uhr, sodas der Gottesdienst noch besucht werden kann. Wie üblich Erläuterungen unterwegs. Liebhaberphotographen tun gut, die Photoapparate mitzubringen. Es führt Dr. Weidner; kostenlos.

### Gründonnerstag

Die christliche Kirche feiert am Donnerstag in der Karwoche die Erinnerung an das letzte Abendmahl Jesu Christi. Die Feier dieses Tages geht bis ins 4. Jahrhundert zurück. So hielt der Kirchenvater Chrysostomus (gestorben 407) an diesem Tage eine uns noch erhaltene Predigt über die Einsetzung des Hl. Abendmahls und den Verrat des Judas. Zur Zeit des Kirchenvaters Augustin (gestorben 430) war bereits, wie wir aus einem seiner Werke wissen, der Donnerstag der Karwoche ein Feiertag. In der abendländischen Kirche wurde der Tag als „Abendmahl des Herrn“ und in der griechischen Kirche als „der heilige und große Donnerstag“ bezeichnet. In Deutschland sagt man heute allgemein „Gründonnerstag“. Der Name ist zuerst um das Jahr 1200 nachweisbar, kommt im Mittelalter nur wenig, im 15. und 16. Jahrhundert aber häufig vor. Ueber die Bedeutung dieses Namens gehen die Meinungen auseinander. Die einen führen ihn auf die in manchen Gegenden in Deutschland bestehende Sitte zurück, am Donnerstag der Karwoche grüne Kräuter zum Schutz vor Krankheiten und allerlei Unheil zu genießen. Indes muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß sich diese Sitte erst in Anlehnung an den Namen gebildet hat. Viel einleuchtender ist jedoch eine andere Erklärung, die den Namen von den „von der Sünde Abgetanen“ herleitet. Am Gründonnerstag wurden nämlich die öffentlichen Bühnen, die während der Fastenzeit Buße getan hatten, wieder feierlich in die Kirchengemeinschaft aufgenommen, so daß man sagen konnte, aus den dürren Zweigen am Stamme der Kirche seien wieder grüne geworden.

In der katholischen Kirche wird am Gründonnerstag der Gottesdienst mit einer Trauermesse eingeleitet. Vom Gloria der Messe bis zum Gloria der Karfreitag-Messe werden zum Zeichen der Trauer die Glocken nicht geläutet. Da Jesus nach dem Bericht des Johannes-Evangeliums vor dem letzten Abendmahl den Jüngern die Füße gewaschen hatte, um ihnen ein Beispiel der demütigen, dienenden, sich selbst verleugnenden Liebe zu geben, kam auch am Gründonnerstag die Sitte der Fußwaschung auf. Die Synode von Toledo (684) schrieb unter Strafandrohung vor, es sollten an diesem Tage beim Abendmahl die Bischöfe und Priester ihren Untergebenen die Füße waschen. In den griechischen Klöstern und römischen Kathedralkirchen sowie am Hofe des Papstes wird am Gründonnerstag die Fußwaschung heute noch vorgenommen. Auch christliche Fürsten (vor der Revolution auch der Kaiser von Oesterreich, der Zar von Rußland und der König von Bayern) pflegten 12 oder 13 armen alten Männern, die nachher mit Speise und Trank bewirtet wurden, die Füße zu waschen. In der evangelischen Kirche wurde die Fußwaschung trotz Luthers Protest da und dort noch eine Zeitlang beibehalten (auch die Wiedertäufer wollten von ihr nicht lassen), aber heute ist sie nur noch bei einigen kleinen Gemeinschaften im Gebrauch.

### Karfreitag

Es wird darauf hingewiesen, daß nach der Reichsverordnung über den Schutz der Sonn- und Feiertage am Karfreitag verboten sind:

1. Sportliche und turnerische Veranstaltungen gewerblicher Art und ähnliche Darbietungen sowie sportliche und turnerische Veranstaltungen nicht gewerblicher Art, sofern sie mit Auf- oder Umzügen, mit Unterhaltungsmusik oder Festveranstaltungen verbunden sind;
2. in Räumen mit Schankbetrieb musikalische Darbietungen jeder Art (auch Radiomusik);
3. alle anderen der Unterhaltung dienenden öffentlichen Veranstaltungen, sofern bei ihnen nicht der dem Karfreitag entsprechende ernste Charakter gewahrt ist.

### Württemberg

Stuttgart, 8. April. (Todesfall.) Der frühere amerikanische Generalkonsul in Stuttgart, John C. Kehl, der von 1923—1929 in Stuttgart gewirkt hat, ist im Alter von 65 Jahren in Baltimore gestorben.

Kornwestheim, 8. April. (Einbruch aufgeklärt.) Die anfangs März ds. Js. in hiesigen Geschäften verübten Einbrüche haben ihre Aufklärung gefunden. Der Täter, ein 28 Jahre alter Hilfsarbeiter aus Klein-Eisingen, wurde mit der vor einigen Tagen in Göppingen ermittelten Diebesbande festgenommen.

Badang, 8. April. (Gemeinschaftsschule.) Der Antrag des Bürgermeisters, die hiesige zweiklassige katholische Volksschule aufzuheben und alsbald für beide Konfessionen die Gemeinschaftsschule einzuführen, wurde vom Kultminister genehmigt. Die Eltern der katholischen Schüler haben fast einmütig der Aufhebung ihrer Konfessionsschule zugestimmt. Bürgermeister Dr. Rienhardt begründete seine Antrag im Gemeinderat u. a. mit der bestehenden Raumnot der hiesigen Schulen und den Ersparnissen an Lehrergehältern. Die Aufhebung der Schule ermöglicht die bessere Unterbringung der Städtischen Handelsschule.

Gomaringen, O. A. Reutlingen, 8. April. (Ehrenbürger.) In einer Sonder Sitzung der Ratsherren wurde beschlossen, dem Mitbürger und bekannten Fabrikanten Carl Döller aus Anlaß seines 60. Geburtstages das Ehrenbürgerrecht der Gemeinde Gomaringen zu verleihen.

Tailfingen, 8. April. (Todesfall.) In der Tübinger Klinik ist Gewerkschaftsrat Eduard Saleh nach einem langen und schweren Krankenlager im besten Mannesalter, kurz vor seinem 45. Geburtstag, verschieden. Im Mai 1924 trat er seinen Posten bei der hiesigen Gewerkschule an und hat sich während der 12 Jahre seines Wirkens als Bestreuer des heranwachsenden handwerklichen Nachwuchses, als Vorsteher der Gewerkschule viele Verdienste erworben.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt Wildbader Badblatt, Wildbad im Schwarzwald (Jah. 24. 604) Nr. 3, 36. 73. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 3 gültig.

Staatl. Bad Wildbad.

## Die neue Trinkhalle

ist von Karfreitag an geöffnet.

Am Oster Sonntag vormittags 11—12 Uhr  
Trinkhallenkonzert der Stadtkapelle Wildbad.

Am Oster Sonntag nachm. 4—6 Uhr und am Ostermontag 11—12 Uhr  
und 4—6 Uhr: Kleines Orchester.

An beiden Tagen abends 9—12 Uhr: Konzert und Tanz  
im Trinkhallenkafee.

Wildbad, im April 1936. Die Staatl. Badverwaltung.

Zu Ostern empfiehlt

**Bisquit-Halen**  
Bäckerei Rieginger, Rathausgasse

## Das Neueste

in Sporthemden  
Krawatten  
Damenwäsche  
Damenstrümpfen  
Damenblusen

|| Gut  
Preiswert  
Modern ||

## Schöllhammer

**Gardinen** -Stores in größter Auswahl, sowie  
Wäsche-, Aussteuer-Artikel zu  
billigsten Preisen

**DEWERTH** Pforzheim, nur Schloßberg 1  
früher (24 Jahre) im Rathaus



Bist Du schon Mitglied des Reichsluftschutzbundes?

## Osterhalen u. -Eier

in allen Geschmacksrichtungen und Preislagen  
finden Sie in bekannt reicher Auswahl in der

## Konditorei Lindenberger

Auch für Wiederverkäufer. an der Bergbahn.

Wildbad.

Im

## Konkurs-Ausverkauf

der Firma Phil. Bosch Nachf.  
(Fritz Wiber) hier sind die

## Preise erneut herabgesetzt

Der Konkursverwalter.

## Elegante Frühjahrmäntel und Complots



zeigt in bekannt  
reicher Auswahl und zu  
zeitgemäßen Preisen

## E. Lechler

Pforzheim, Zerrenerstr. 21 (Melancthonhaus)

### Ostern

in neuen Schuhen

Eigene Reparaturwerkstätte!

### vom Schuhhaus

Wilh. Treiber

Hinter Hotel Klump  
Ludwig-Seegerstr. 17

Solides

## Mädchen

das selbständig lochen kann,  
in kleinen Haushalt sofort  
gesucht.

Gute Behandlung und guter  
Lohn.

Vorzustellen: Frau Bollmer-  
Altwater, Modehaus Altwater.

## Bett-Inletts

in allen Farben

Bettfedern / Daunenn

K. Riester, Bergfrieden.

## Für die Karwoche

Schellfisch  
Krabliu  
Rotzungen  
Filets  
(auch von Goldbarsch)  
Grüne Seringe  
Merlan  
Forellen  
Zander  
Karpfen

## Zu Ostern

Hahnen  
Enten  
Boullarden  
Suppenhühner  
Fasanen  
Rehrücken  
Büge und  
Rehragout

(auf Wunsch beauftragt gerichtet)  
empfiehlt

Wd. Blumenthal, Tel. 264

## Auf Ostern!

Bestellungen für  
**gefärbte Eier**

nimmt bei  
billigster Berechnung entgegen  
**Pauline Broß Wwe.**  
Rathausgasse 10.

## Benötigen Sie Drucksachen

irgend welcher Art  
wie: Rechnungen, Briefbogen  
Mitteilungen, Postkarten  
Rundschreiben, Adress-  
karten, Briefumschläge  
Zahltagstaschen usw.

dann  
bestellen Sie in der  
Buchdruckerei  
Wildbader Tagblatt

